

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribun“, „Die Kommunist“, „Der Gangprolet“, „Die Rote Sigel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Goltkesberg, Nieder-Hermsdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrunn, Weikstein.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Millimeterzeile ab. deren Raum 10 Goldspalten, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldspalten. — Kleinanzeigen: Die Millimeterzeile 3 Goldspalten oder deren Raum im Text 50 Goldspalten.

Donnerstag, 16. Oktober 1924

Abonnementspreis: Bei wohntlich 5 maligem Erscheinen monatlich 2,20 Mark wohntlich 50 Pf. Einzelne durch Straenabl. u. Postk. 10 Pf. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzer Straße 60. — Postfach Nr. 31089. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

Breslauer Eisenbahner für den Kampf! Gegen Personalordnung, K黱dlohne, und Gehaltsystem.

Zur internationalen Lage.

Von J. Stalin.

2. Die Einmischung Amerikas in die Angelegenheiten Europas und die Londoner Verklandigung der Entente über die Reparationen.

Der kommunistische „Weltfriede“ obes, das „Sonnenland“ des USOB-Vorsitzenden L. T. Nowak, die uns der Damesplan beschreiben soll, werfen ihre Schatten voraus. Gegen allen ignertischen Versprechungen hat die Regierung auf Befehl der Entente eine Personalordnung für die Eisenbahn angenommen, die alles übertrifft, was selbst in der alten Monarchie den Beamten zugemutet wurde. Nicht genug mit der Arbeitszeitverlängerung, dem wahnwitzigen Arbeitssystem und dem 30prozentigen Beamtenabbau, der mit der neuen Dienstvorschrift einsetzt, hat die Regierung jetzt einer neuen Personalordnung und einem neuen Besoldungsgesetz zugestimmt, die eine weitere ungeheuerliche Verschärfung aller dieser Maßnahmen darstellt und mit einem hohen Gehaltsstufen alle in Jahren härtester Arbeitsfront erlangten Beamtenrechte beseitigt.

Selbst im friedlichen Breslau begann es daher in den letzten Wochen unter den Eisenbahnern zu brodeln. Die Breslauer Eisenbahnbeamten und -arbeiter brachten bereits in größeren Versammlungen ihre Erregung zum Ausdruck. Vor ungefähr acht Tagen sprach unser Genosse, Reichstagsabgeordneter Hamann, vor einer uberfullten freigewerkschaftlichen Eisenbahnerversammlung in der Diskussion und zeichnete drastisch und treffend die Ursachen der miserablen Lebenshaltung der Eisenbahner auf, das Sachverständigen gutauchen, welche diese neue Personalordnung, den Lohnabbau und die Massenentlassungen vorzieht. Die uberfullte Versammlung stimmte jubelnd den Ausführungen unseres Genossen Hamann zu und erklärte sich bereit, mit allen Mitteln, evtl. dem Streik, sich bessere Arbeitsbedingungen und Löhne zu erkämpfen.

Am Dienstagabend hatte selbst die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellten im Direktionsbezirk Breslau zu einer öffentlichen Beamtenversammlung aufgerufen. Auch in dieser uberfullten Versammlung war die Stimmung der Beamten und Angestellten bis zum aersten über die neue Personalordnung erregt. Nach langer scharfer Aussprache wurden Entschließungen angenommen, in denen es unter anderem heißt: „Die am 14. Oktober 1924 im Gesellschaftshaus „Bratistawia“ versammelten Eisenbahnbeamten Breslaus sind empört über den Entwurf zur Personalordnung. Dieser Entwurf bedenkelt einen

Bruch der den Beamten durch die Weimarer Verfassung gesetzlich garantierten wohlerworbenen Rechte.

Die Eisenbahnbeamtenhaft wird gegenüber den anderen Beamten des Reiches und der Länder degradiert. Sie wird der Willkür der nächsten wirtschaftlich vorgegeben, welche Maßnahmen zur vorzüglichsten Personalordnung afolgen möglichst der Einkunftsabhangigkeit erbringen können. Gegen dieses Maß haben die Eisenbahnbeamtenhaft scharfsten Protest und fordern

Sicherstellung ihrer wohlerworbenen Rechte.

6. h. Gleichstellung mit den Beamten des Reiches und der Länder. Mit besonderem Bedauern stellt die Versammlung fest, daß dieser Entwurf von Herren des bisherigen Reichsbeamtenministeriums ausgegangen ist, die sich in den vergangenen Jahren

wiederholt für die Erhaltung des Berufsbeamtenstatus ausgesprochen haben. Wird in der Folgezeit die Eisenbahnbeamtenhaft weiterhin in dem jetzt begangenen Maße gegenüber den Beamten des Reiches herabgesetzt, so muß ernstlich auf die Folgen hingewirkt werden, die daraus entstehen können.

Die Eisenbahnbeamten Breslaus erheben

Protest gegen das Verhalten des Reichs-

finanzministeriums

hinichtlich der geforderten und notwendigen Erhöhung der Gehälter. Mit Sorge steht die Beamtenhaft angeklagte: fortschreitende Ermerung dem kommenden Winter entgegen. Die Beamtenhaft stellt fest, daß die auf Lohnabbau hinzielenden Maßnahmen des Reiches fast ohne jede Ausnahmslosigkeit sind. Sie fordert energische Regierungsmanahmen zur

Durchführung des Preisabbaues.

Sollte dieser nicht durchgeführt werden können, dann verlangt die Beamtenhaft

sofortige Aufbesserung der Löhne und

Gehälter.

Die Versammelten beauftragen ihre Spitzenorganisationen, sofort von dem Verwaltungsrat der Reichs-Eisenbahnenhaft, die für die Durchführung vorstehenden Forderungen notwendigen Bestimmungen zu erlangen und alles daran zu setzen, der immer unerträglicher werdenden Kollage, insbesondere in den unteren Besoldungsgruppen zu steuern.

An dem Ton dieser Entschließung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten kommt deutlich ein energischer Wille zum Kampf zum Vorschein. Die Breslauer Eisenbahnerhaft will mit allen ihren Mitteln das Joch der neuen Verordnungen von sich abwälzen. Durch das Erwerbsunfahigkeitengutachten soll 800 Millionen Goldmark jährlich aus der Reichseisenbahn gequerschnitt werden. In den Vorkriegszeit hatte die Reichseisenbahn zu ihren besten Zeiten nur einen jährlichen Ueberschuß von 80 Millionen. In der Zeit des wirtschaftlichen Verfalls, der Massenarbeitslosigkeit und der allgemeinen Hungerlöhne sollen aus der Reichsbahn 800 Millionen herausgewirtschaftet werden. Das erfordert allerdings ein Antriebsystem und eine Bezahlung wie der der chinesischen Kulis. Die Zukunft der Reichsbahnangestellten und -arbeiter sieht nicht rosig aus. Massenentlassungen, Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung sind durch das Sachverständigengutachten Erfordernisse des Tages geworden.

Die Erregung der Breslauer Eisenbahner hat ihre bittere Berechtigung. Der begonnene Kampf muß mit aller Scharfe weitergeführt werden, denn letzten Endes handelt es sich um den Entscheidungskampf über Leben und Tod der deutschen Eisenbahnerhaft. Die Eisenbahnerhaft fordert die Beseitigung der Personalverordnung, fordert bessere Löhne, fordert achtstündige Arbeitszeit und ihre verlorenen Beamtenrechte. Damit diese Forderungen Wirklichkeit werden, gilt es, die Breslauer Eisenbahnerhaft in ihrem Kampfe zu unterstützen. Der Kampf der Eisenbahnerhaft ist der Kampf des gesamten deutschen Proletariats. Nur die Solidarität aller Arbeiter aller Industrien, nur die geschlossene Front der deutschen Lohnsklaven der nationalen und internationalen Kapitalshyänen kann ihnen die Rettung bringen.

Die Londoner Konferenz der Entente ist der vollständigste Ausdruck des verlogenen, falschhaften burgertlich-demokratischen Pazifismus. Wenn der Regierungsantritt von Macdonald und Herriot und das Geschrei über die „Herstellung normaler Beziehungen“ mit der Sowjetunion den erbitterten Klassenkampf in Europa und die tödliche Feindschaft der burgertlichen Staaten gegen die Sowjetunion decken und maskieren sollten, so sollte die Verklandigung der Entente in London den verzweifeltsten Kampf Englands und Frankreichs um die Hegemonie in Europa, den wachsenden Gegensatz zwischen England und Amerika im Kampfe um die Herrschaft auf dem Weltmarkte, den übermenschlichen Kampf des deutschen Volkes gegen das Kolonialjoch der Entente decken und maskieren. Es gibt keinen Krieg zwischen den Klassen mehr; die Revolution ist zu Ende, jetzt kann das Werk der Arbeiterhaft der Klassen zu Ende geführt werden! rufen die Macdonalds und Renaudels. Es gibt keinen Kampf mehr zwischen Frankreich und England, zwischen Amerika und England, zwischen Deutschland und der Entente, der Krieg ist zu Ende, jetzt kann das Werk des allgemeinen Friedens mit Amerika an der Spitze zu Ende geführt werden! stimmen ihnen ihre Freunde bei der Londoner Verklandigung und ihre Brüder beim Verrat an der Sache der Arbeiterklasse bei, die sozialdemokratischen Soldaten des Pazifismus.

Was ist jedoch auf der Londoner Konferenz der Entente vorgegangen?

Vor der Londoner Konferenz wurde die Reparationsfrage von Frankreich selbständig, mehr oder minder unabhängig von den Alliierten, gelöst, denn Frankreich hatte in der Reparationskommission seine gesicherte Mehrheit. Die Ruhrbesetzung war ein Mittel zur wirtschaftlichen Desorganisation Deutschlands und eine Garantie dafür, daß Frankreich von Deutschland Reparationszahlungen, Rohle und Koks für die französische Metallindustrie, chemische Fabrikate und Farbstoffe für die chemische Industrie und zollfreie Einfuhr elastischer Textilfabrikate nach Deutschland erhalte. Der Plan war auf die Schaffung einer materiellen Grundlage für die militärische und wirtschaftliche Hegemonie Frankreichs in Europa berechnet. Aber dieser Plan ist bekanntlich nicht gelungen. Die Methode der Besetzung führte nur zu entgegengegesetzten Ereignissen. Frankreich erhielt weder Zahlungen noch Naturalieferungen in auch nur irgendwie befriedigenden Ausmaßen. Endlich wurde der Urheber der Besetzung selbst, Poincaré, wegen seiner offen imperialistischen Politik, die den Keim eines neuen Krieges und der Revolution in sich trug, über Bord geworfen. Was die Hegemonie Frankreichs in Europa betrifft, so kam sie nicht zustande, nicht nur deshalb, weil die Methode der Okkupation und der offenen Ausplünderung die Möglichkeit eines wirtschaftlichen engen Zusammenarbeitens zwischen der französischen und der deutschen Industrie ausschloß, sondern auch deshalb, weil England entschieden gegen ein derartiges enges Zusammenarbeiten war, denn es konnte England nicht unbekannt sein, daß die Vereinigung der deutschen Rohle mit den französischen Eisen unermelich zum Verfall der englischen Metallindustrie führen müsste.

Was hat für all dies die Londoner Konferenz der Entente gegeben?

Erfstens hat die Konferenz den Weg der selbständigen Lösung der Reparationsfragen durch Frankreich abgelehnt und daraufhin erklärt, daß strittige Fragen in höchster Instanz von einer Schiedsgerichtskommission, bestehend aus Vertretern der Entente, mit einem Vertreter Amerikas an der Spitze, gelöst werden müssen. Mit anderen Worten, wenn Deutschland ausgeplündert werden soll, so ist es gemeinsam auszuplündern.

Zweitens hat die Konferenz die Ruhrbesetzung abgelehnt und die Notwendigkeit der sofort vorzunehmenden wirtschaftlichen und der (innerhalb eines Jahres oder früher durchzuführenden) militärischen Räumung anerkannt. Gründe: Die Ruhrbesetzung ist im gegenwärtigen Zeitabschnitt vom Gesichtspunkt der politischen Lage Europas aus gefährlich und vom Gesichtspunkt der organisierten und systematischen Ausplünderung Deutschlands aus ungewundlich. Daß aber die Entente daran kaum irgendwie gezweifelt werden.

Drittens hat die Konferenz, indem sie die militärische Intervention ablehnte, die finanziell-wirtschaftliche vollständig gebilligt und festgestellt:

a) die Notwendigkeit der Schaffung einer Emissionsbank in Deutschland, die unter der Kontrolle eines besonderen ausländischen Kommissars steht;

b) den Uebergang der Staatsbahn, die unter der Kontrolle eines besonderen ausländischen Kommissars zu leiten ist, in private Hände;

c) die Schaffung des sogenannten „Ueberschussausschusses“ aus Vertretern der Alliierten, der in seinen Händen alle Reparationszahlungen in deutscher Währung zusammenfaßt.

Viertens hat die Konferenz Frankreich das Recht zuerkannt, von Deutschland zwangsweise Rohle und chemische Produkte im Verlaufe eines gewissen Zeitabschnittes zu erhalten, doch hat sie hier den Vorbehalt gemacht, daß Deutschland das Recht verleiht, sich an die Schiedsgerichtskommission mit der Forderung nach Einschränkung der Menge oder sogar nach Einstellung dieser zwangsweisen Naturalieferungen zu wenden. Damit hat sie die Rechte Frankreichs annulliert oder fast ganz annulliert.

Wenn man zu alledem noch die Anleihe an Deutschland im Betrage von 800 Millionen Mark hinzufügt, die von englischen und vor allem von amerikanischen Bankiers geborgt wird, wenn man weiter in Betracht zieht, daß auf der Kon-

Der Getreidewucher bliht.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Oktober.

Die Getreidepreise, die vorige Woche gesunken waren, sind gestern wieder ungeheuer gestiegen. Am 13. 10. kostete eine Tonne Weizen noch 219.— Mk. und am 15. 10. bereits 233.— Mk. Was die Ursache der neuen Teuerung stellt, enthüllt das Zentralorgan der Grohandlung, die „Deutsche Tageszeitung“. Sie schreibt: „Die Großhändler halten das Getreide zurück, weil an den nordamerikanischen Getreideborsen die Preise anziehen. Sie spekulieren auf eine weitere Erhöhung der Preise in den nächsten Tagen. Sie glauben noch große Gewinne erzielen zu können.“

Die Regierung unterstützt den Getreidewucher, indem sie den Junkern Kredite zur Verfügung stellt und die Rückzahlung stundet.

Sitzung des Rechtsausschusses.

Genosse Kay als Vorsitzender des Rechtsausschusses hatte dieser für Dienstag zu einer Sitzung zusammengerufen. Anwesend waren nur die Vertreter der Kommunisten, Sozialdemokraten und ein Bollmichler. Der Bollmichler wollte die Befugnis fähigkeit an Kay teile daraufhin mit, daß keine Präsenzliste vorgelegt werden sei. Der Ausschuss beratele über das Gesetz über das Gesetz über die Wiederaufnahme des Verfahrens der Urteile der bayerischen Obergerichte. Kay stellte als einzigen Willen des Ausschusses fest, daß der Reichstagsprasident ersucht wird, die 3. Lesung des Gesetzes anzusetzen. Ferner wurde beschlossen, dem Reichstag vorzuschlagen, die Verordnung Seris vom 17. Juli 1924 betreffend den Preis der Getreide anzusetzen.

Kommunistische Erfolge in England.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 16. Oktober.

Das Organ der KP. Englands teilt mit, daß vor dem Arbeiterkongre eine Werbewoche der Partei stattfand, die der KP. 1000 neue Mitglieder zuführte. Angesichts der kleinen Mitgliederzahl unserer Bruderpartei ist das ein ungeheurer Erfolg.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 16. Oktober.

Der Herald meldet aus Manchester, daß von der Labour Party fast einstimmig der Kommunist Paul der auf dem Arbeiterkongre scharf gegen Mac Donald Stellung nahm, als Kandidat aufgestellt wurde. Die Parteileitung erklärte sich damit einverstanden. Ebenso wurde Genosse Saelataala im Kreise Boothby als inoffizieller Labour-Party-Kandidat aufgestellt. Auf der Londoner Konferenz der KP. wurde erklärt, man habe Nachrichten, daß trotz Ausschuldbestimmung allerorts Kommunisten als Kandidaten aufgestellt werden.

Herriot ruft Polen zum Krieg gegen England.

Der polnische Kriegsminister, General Sikorski, wird in Paris vom General Kolliet bearbeitet, damit trotz finanziellen Bankrotts Polens neues Kriegsmaterial von den französischen Waffen- und Munitionsfabriken zum Krieg gegen Sowjetrußland kaufe. Eine treffliche Illustration zur „Friedensliebe“ des linken Herriot

(erenz) die Bankiers, vor allem die amerikanischen Bankiers, das Kommando führten, so ergibt sich ein vollständiges Bild: Das von den französischen Hegemonen ist rein gar nicht übrig geblieben, an Stelle der Hegemonie Frankreichs hat sich die Hegemonie Amerikas ergeben.

Dies sind die Ergebnisse der Londoner Konferenz der Entente.

Darauf gestützt, glauben manche, daß von jetzt an die Interessensverhältnisse innerhalb Europas angefaßt der Herrschaft Amerikas verfallen müssen: daß Amerika an der Kapitalausfuhr nach Europa interessiert, die europäischen Länder auf Nation zu setzen und sie zu zwingen wissen werde, zum Heile der Bereicherung seiner Bankiers Stützpunkten; daß der Friede in Europa, freilich ein erzwungenes, mit Rücksicht darauf für eine mehr oder minder lange dauernde Periode als mehr oder minder gelichtet betrachtet werden könne.

Diese Annahme ist völlig unrichtig.

Erstens hat die Konferenz die Frage Deutschlands ohne den Welt, ohne das deutsche Volk gelöst. Es ist natürlich möglich, die Umwandlung Deutschlands in eine ausgeprochene Kolonie „planmäßig“ zu regeln. Aber zu versuchen, ein solches Land wie Deutschland in eine Kolonie zu verwandeln, heißt, was selbst die reichhaltigen Kolonien mit Mühe in Unterordnung gestellt gehalten werden müssen, bedeutet, eine Mine unter Europa zu legen.

Zweitens hat die Konferenz Frankreich, das sich allseitig vorgezogen hätte, etwas zurückgedrängt, daher hat sich natürlich ein tatsächliches Uebergewicht Englands in Europa ergeben. Aber zu glauben, daß Frankreich sich mit dem Uebergewicht Englands ausbilden könne, bedeutet, nicht mit Sachverhalten zu rechnen, nicht mit der Logik der Dinge zu rechnen, die sich zeitweilig stärker als jede andere Logik erweist.

Drittens hat die Konferenz die Hegemonie Amerikas anerkannt. Aber das amerikanische Kapital ist an der Finanzierung der deutsch-französischen Industrie und an deren zweckmäßigster Ausnutzung interessiert, zum Beispiel im Sinne einer Kombination der französischen Metallindustrie mit der deutschen Kohlenindustrie. Es kann kaum daran geweltet werden, daß das amerikanische Kapital seine Überlegenheit gerade in dieser im günstigsten Richtung auszunutzen wird. Aber zu glauben, daß England sich mit einer derartigen Lage ausfinden werde, bedeutet England nicht zu kennen und nicht zu wissen, wie sehr England die Interessen seiner Metallindustrie teuer sind.

Undlich ist Europa nicht ein Volkertes Land, sondern mit all seinen Kolonien verbunden und lebt von den Saiten dieser Kolonien. Zu glauben, daß die Konferenz zu irgend etwas in den Beziehungen zwischen Europa und den Kolonien zum „Besseren“ ändern könne, daß sie die Entwicklung der Gegensätze zwischen ihnen aufhalten oder verlangsamen könne, bedeutet, an Wunder zu glauben.

Was ist die Schlussfolgerung daraus?
Es gibt nur eine Schlussfolgerung:

Die Konferenz in London hat keinen einzigen der Gegensätze in Europa gelöst, sie dafür aber durch neue Gegensätze ergänzt, durch Gegensätze zwischen Amerika und England.

Es besteht kein Zweifel, daß England wie bisher den Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland vertieft wird, um seine politische Vorherrschaft auf dem Kontinent zu sichern. Es besteht kein Zweifel, daß Amerika seinerseits den Gegensatz zwischen England und Frankreich vertieft wird, um seine Hegemonie auf dem Weltmarkt zu sichern. Wir wollen schon gar nicht mehr von dem tiefergehenden Gegensatz zwischen Deutschland und der Entente sprechen. Die Weltereignisse werden von diesen Gegensätzen und nicht von den politischen Reden des Volgentricks Hughes und des großsprecherischen Herricht bestimmt werden. Das Wesen von der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Länder und von der Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege bleibt jetzt noch mehr denn je in Kraft. Die Londoner Konferenz maskiert nur diese Gegensätze, um neue Voraussetzungen für ihre noch nie dagewesene Verschärfung zu schaffen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Goldanleihe als Sonne der Kapitalisten.

Der Zeichnungstermin für die Zeichnung der Anleihe zur „Hebung“ der deutschen Wirtschaft ist gekommen. Amerika soll die Hälfte der Zeichnungssumme erhalten, mit der anderen Hälfte muß sich der Kontinent befriedigen lassen.

Schon nach einigen Tagen war die vorgesehene Höhe des Kredittrages überreichert. Amerikanische und englische Finanziers drängen sich zur Zeichnung, nicht um dem deutschen Proletariat die Dollarform zu bringen, sondern um an der Ausbeutung der deutschen Arbeiter ihre Profite zu steigern.

Aus allen Ländern wird ein Meilenschiff auf die Börse herbeigeholt. In London war schon nach 12 Minuten (1) die Börse geschlossen, weil die Anleihe überzeichnet war. Eine einzige Subskriptionskarte Hill hat 10 Millionen Dollar gezeichnet.

Man höre die Zeichnungsbedingungen, dann versteht man das Zeichnungsgefieder der internationalen Kapitalisten.

Jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand muß sich fragen, daß die Anleihe ein gigantisches Geschäft für ausländische Kapitalisten, aber die schlimmste Ausbeutung für Deutschland sein muß, wenn sich die Kapitalisten so um die Zeichnung reizen.

Der offizielle Zinssatz für die Anleihe beträgt 7 Prozent. Das heißt für 100 Mark müssen wir 7 Mark Zinsen bezahlen. Jedoch wird die Anleihe zu 12 Prozent eingezahlt, das heißt an Stelle von 100 Mark erhalten wir nur 92 Prozent. Zurückzahlen müssen wir die Anleihe 5 Prozent über kurz, das heißt für je 100 Mark getragenen Kapitals müssen wir dem Herrn Dawes 105 Mark zurückzahlen. Das ist nur ein Teil der Kränke, die dem Kapitalisten mit dem neuen Zinssatz über den Rücken verdrückt. Der wirkliche Zinssatz beträgt daher ungeachtet auf mindestens einengehaltene 100 Mark 82 Prozent, nicht 7 Prozent. Die deutschen parlamentarischen Banker verlangen für ihre Arbeit ebenfalls 3 Prozent Zinsen, so daß der Zeichner der Gesamtanleihe 112 Prozent gezahlt wird.

112 Zinsen als Anleihezahlung für eine bankrotte Wirtschaft bedeutet eine Ausbeutung der breiten Massen und Eindämmung in das Elendreich der Entente-Kapitalisten.

Die überreichliche Anleihe ist zu einem viel höheren Zinssatz getarnt worden, d. h. das große arme Deutschland kann nicht einmal die Bedingungen durchsetzen, die das kleine Österreich erhielt.

Die Sozialdemokraten („Berghamer“, „Bollwag“, etc.) prophezeien, die deutsche Wirtschaft werde durch die Anleihe wieder flott gemacht werden. Daraus folgt, daß die Kapitalisten die englischen Kapitalisten, die die deutsche Konferenz hassen, doch der Kamelot-Zinssatz der Anleihe wird im Gegenteil die deutsche Wirtschaft erschöpfen.

Der englische Bergbauarbeiter Schmalz behauptet, seine Kapitalisten werden er lügen.

Eine Konferenz der deutschen Industrie kann nie in Frage kommen, da die deutschen Steuern und die hohen Bedingungen des ausländischen Kapitals es unmöglich machen, jemals mit England zu konkurrieren, die englische Industrie zu unterbieten.

Der Berühmte Herr Dr. H. J. Tarnow von den Holzarbeitern hat erklärt, daß die Anleihe für die deutschen Arbeiter in ein Sonnenland führt, Deutschland wird ein Sonnenland — für das ausländische Kapital. Wucherzinsen, Wuchergehälter für die deutsche Arbeiterschaft wird es zu einer Hölle werden.

Welche Regierung fordern die Arbeiter?

Die Konferenz kommunistischer Parlamentarier zur Regierungskrise.

Am Montag, den 13. Oktober 1924, traten sämtliche parlamentarischen Vertreter der KPD aus dem Reichstag, dem preussischen, bayerischen, sächsischen, thüringischen, württembergischen und allen übrigen Landesparlamenten, ebenso wie 30 Kommunalvertreter der 30 größten Städte Deutschlands zu einer Aussprache über die politische Lage, über die Aufgaben der Arbeiterklasse und über die Regierungskrise zusammen. Nach gründlicher Diskussion über die gesamte Situation erklärte die Konferenz einstimmig, daß die Lage der Arbeiterklasse seit der Annahme des Londoner Abkommens ständig verschlechtert hat. Die Vertreter aus dem Ruhrgebiet wiesen besonders auf die zahlreichen Entlassungen von Leuten hin. Aus allen Teilen Deutschlands kamen Berichte über die starke Arbeitslosigkeit und das allgemeine Ansteigen der Lebensmittelpreise, das sich drückend auf die Arbeiterschaft auswirkt.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand auch die Frage der gegenwärtigen Lage der Arbeiterklasse und die Frage des Kampfes um den Achtstundentag. Die parlamentarischen Vertreter waren sich darin einig, daß der gegenwärtigen Regierungskrise sowohl im Reich, wie in Preußen und in den anderen Ländern ausgesprochen in der Richtung einer Herabdrückung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterklasse geht, und daß die Regierung im Interesse des Arbeiterstandes, im Rahmen der Ausführung des Dawesplanes die Industrie überall bei einer sehr schweren Belastung der Arbeiterklasse unterstützen. Die parlamentarischen Vertreter sind sich einig in der Auffassung, daß irgendwelche Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiterklasse auf parlamentarischen Wege nicht zu erreichen sind und daß nur die Aktionen außerhalb der Parlamente die Lage der Arbeiterschaft entscheidend ändern werden.

Zur Regierungskrise

erklärt die Parlamentarierkonferenz folgendes: Die Grundfrage für die Arbeiterschaft ist die Frage, was tut die Regierung für die Arbeiter der arbeitenden Bevölkerung. Als für die nächsten Maßnahmen einer Regierung, die die Interessen der Arbeiterschaft vertreten würde, können in der gegenwärtigen Situation folgende Schritte durchzuführende Schritte in Betracht:

1. Kampf gegen jeden Lohnabsatz, sofortige 100prozentige Erhöhung des Lohnes und darüber hinaus Dringende Aktion auf den Friedenslohn, gleiche Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen;
2. Verbot jeder weiteren Arbeitsverlängerung, Bestätigung jeder Arbeitszeit über 8 Stunden, strikte Wiedereinführung des Achtstundentags für Arbeit über Tage, Sechsstundenlohn für Arbeit unter Tage;
3. Verbot jeder neuen Entlassung von Arbeitern, Angestellten, unteren und mittleren Beamten, Wiedereinstellung der abgegangenen unteren und mittleren Beamten, sofortige Einstellung aller Erwerbslosen in den Produktionsbereich, Abschaffung der Zwangsarbeit für Kriegsopfer, Soldaten und Altersrentner auf das Existenzminimum;
4. Soziale Hebung des 10proz. allgemeinen Steuerabzuges, der die Arbeiter und die kleinen Gewerbetreibenden trifft;
5. Soziale Hebung der Lebensbedingungen, die Arbeiter und die kleinen Gewerbetreibenden trifft, die die Arbeiter und die kleinen Gewerbetreibenden trifft, die die Arbeiter und die kleinen Gewerbetreibenden trifft, die die Arbeiter und die kleinen Gewerbetreibenden trifft.

Zu neuem Kampf bereit!

Beschwerde der Produktionsgenossenschaft Breslau über das 14tägige Verbot der „Schließ. Arbeiterzeitung“.

O. P. J. B. 1325. Breslau, den 7. Oktober 1924
An das Oberpräsidium Breslau.

Beschwerde der Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlessen, z. G. m. b. H. gegen das Verbot der „Schließ. Arbeiterzeitung“ vom 1. bis 14. Okt. 1924.

Wir legen hiermit gegen das Verbot der „Schließ. Arbeiterzeitung“ vom 1. bis 14. Oktober 1924 Beschwerde ein. Die Begründung des Verbots beginnt mit den Worten: „Abgesehen von dem ganzen die Staatsform Preußens herabwürdigenden Inhalt des Artikels“ (Es handelt sich um den Artikel „Schließ. Gefängnisbesten“ vom 30. September 1924). Aus diesem Vorwurf geht nicht hervor, ob bereits der „ganze Inhalt des Artikels“ vom Oberpräsident Zimmer als geschwädigt und als ausreißender Grund für ein Verbot unseres Blattes angesehen wird oder ob es sich nur um eine private Meinungsäußerung des Herrn Zimmer über unsere Schlußworte handelt. Sollte der Oberpräsident Zimmer den ganzen Inhalt des Artikels als strafwürdig ansehen, so verlangt der Gesetz, eine genaue, konkrete, spezialisierte Angabe der strafwürdigen Worte des Artikels. Allgemeinere Erwähnungen wie „der ganze die Staatsform Preußens herabwürdigende Inhalt des Artikels“ ohne konkrete Belege widerprechen den Grundsätzen der deutschen Rechtsprechung, wie überhaupt jedem normalen Rechtsgefühl und offen einer willkürlichen, brutalen, blutdürstigen Handhabung der Pressezensur für und vor. Handelt es sich dagegen um eine private Meinungsäußerung, so ist diese überflüssig und unzulässig in der amtlichen Begründung eines Verbotsschlusses.

Die Begründung des Verbots lautet: „Abgesehen von dem ganzen die Staatsform Preußens herabwürdigenden Inhalt des Artikels“ erblide ich eine Entwertung des Preussischen Innenministeriums Severing in den Worten, welche folgen: „Wir haben einen Innenminister“ und endigen: „... den für verdrängten“.

Auch hier fehlt die geforderte Angabe, in welchem Worte beginnend in welchen Worten eine Beschimpfung des Ministers Severing vorliegen soll. Wir nehmen an, daß der Oberpräsident Zimmer den Ausdruck „Lumpengehölz“ auf Severing bezog. Dafür, daß dieser Ausdruck auf Severing zu beziehen ist, fehlt jeder logische, politische und grammatikalische Grund. Vor der beanstandeten Stelle hieß es:

„In Breslau haben wir einen Gefängnisbesten, den Sozialdemokraten Duf. Wir haben einen Oberpräsidenten, Sozialdemokraten Zimmer. Wir haben einen Innenminister, Sozialdemokraten Severing. Wir haben Sozialdemokraten in allen Behörden, in allen Parlamenten, in allen Gewerkschaften.“

freilich der Kleinbauerngenossenschaften von jeder Bezeichnung;
6. sofortige Aufhebung des Ausnahmestandes, sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen der proletarischen Parteien, sofortige Aufhebung des Staatsgerichtshofes.
Diese Maßnahmen wäre aber nur die sofort zu treffende Darlehen hinaus eine wirkliche Begleitung der Wertungen die sofortige Vollsozialisierung, insbesondere die Sozialisierung der Industrie, des Bergbaues, der Eisenbahnen, des Großgrundbesitzes, des Großhandels und der Banken, in Angriff nehmen, die konterrevolutionären Organe aufheben, Volk und Reichsheer entkernen, die organisierten Arbeiter in den Großbetrieben bewaffnen und alle konterrevolutionären Beamten durch Arbeiter und Angestellte aus den Ämtern entfernen. Außerpolitisch muß eine wirkliche Vertretung der Werktätigen den Einfluß in den Volkertbund abnehmen und über den Kapitalvertrag hinaus ein sofortiges enges Bündnis mit Sowjetrußland eingehen.

Die parlamentarischen Vertreter der KPD sind sich völlig klar, daß ein solches Programm durch keinerlei Kombinationen innerhalb der bürgerlichen Parlamente verwirklicht werden kann. Die kommunistischen Parlamentarier waren sich darüber einig, daß ein solches revolutionäres Rettungsprogramm (das in allen grundsätzlichen Fragen übereinstimmt mit dem, das die Interparlamentarische Konferenz in Wien jetzt aufgestellt hat), mit verwirklicht werden kann durch die Aktion der Massen selbst, die an Stelle des bürgerlichen Parlaments die Rätemacht setzen. Die kommunistischen Parlamentarier beschließen, ihre ganze Kraft der Mobilisierung der Massen in den Fabriken für den Kampf um ein solches Rettungsprogramm der deutschen Arbeiterschaft zu widmen und durch den Zusammenschluß der Arbeiter in den Gewerkschaften und Fabriken auf dieser Grundlage die Vertreibung der deutschen Arbeiterklasse von der Herrschaft der deutschen und der internationalen Bourgeoisie und von den Lasten des Dawesplanes vorzubereiten.

Die kommunistischen Parlamentarier haben beschlossen, ein Misstrauensvotum gegen die Marx-Stresemann Regierung im Reichstage einzubringen und allen Revolutionären der bürgerlichen Parteien gegenüber, ob sie die KPD in die Regierung einbeziehen oder nicht, unveröhnliche und heftige Opposition entgegenzusetzen. Die kommunistische Parlamentarierkonferenz wendet sich bei dieser Gelegenheit besonders scharf gegen die irreführende Politik der SPD, die der Arbeiterklasse einzuwerden beabsichtigt, daß die jetzige Marx-Stresemann-Regierung ihrem Klassenhass, ihrem Wesen und ihrer Praxis im Volk nach etwas anderes als ein „Bürgerbrot“ wäre. Die kommunistische Parlamentarierkonferenz war der Meinung, daß die Umgruppierung der Regierungskräfte, die Einbeziehung der Sozialnationalen, nur eine Frage der Verteilung der Macht innerhalb der bürgerlichen Parteien ist und daß der Kurs der deutschen bürgerlichen Regierung, die den Dawesplan durchführt, sich eindeutig gegen die Arbeiterklasse richtet. Mit besonderer Energie wenden sich die kommunistischen Parlamentarier gegen die Haltung der SPD, die an Stelle der Mobilisierung der Massen in den Fabriken und Gewerkschaften für die nächsten wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, die durch die Abwälzung der Lasten des Dawesplanes auf die Schultern der Volksgenossen unausweichlich bevorstehen, ihren Verkauf an die Marx-Stresemann-Regierung sieht, ja auch vor einer Koalition mit den Sozialnationalen nicht zurückschreckt.

Es ist klar, logisch, grammatikalisch und politisch, daß der darauffolgende Satz: „Was tun sie für die Gefangenen?“ „Nichts“ sich nur auf den vorhergehenden Satz: „Wir haben Sozialdemokraten in allen Behörden, in allen Parlamenten, in allen Gewerkschaften“ beziehen kann. Denn was auf Severing zutrifft, trifft auch auf Zimmer und Duf zu. Kein normaler Mensch wird alle drei für Vorfälle in sämtlichen deutschen Kreisen verantwortlich machen oder der „Schließ. Arbeiterzeitung“ zumuten, daß sie diesen drei Sozialdemokraten die Schuld an der gesamten deutschen barbarischen Strafverfolgung aufbürden will. Es ist selbstverständlich, daß wir hiermit die Sozialdemokraten als Partei bezeichnen, daß aber einzelne Sozialdemokraten uns hierbei vollkommen gleichgültig sind. Es wird also politisch und logisch erhartet, was grammatikalisch feststeht, nämlich, daß unter „sie“, die Sozialdemokraten als Partei, und nicht einzelne Personen zu verstehen sind.

Der weitere Satz: „Sie schweigen alles tot in Ihrer Presse“, bezweift noch klarer, daß es um die SPD als Partei und nicht um den Sozialdemokraten und Minister Severing geht. Bekanntlich besitzen weder Duf, noch Zimmer, noch Severing eine eigene Presse. Sie sind weder Verleger, noch Herausgeber, noch Redakteure einer Zeitung, können infolgedessen keine Verantwortung für „ihre“ Zeitung übernehmen. Das kann nur die SPD als Partei.

Sind diese beiden Behauptungen erweisen, so ergibt sich konsequenterweise, daß sich auch der Ausdruck „Lumpengehölz“ nur gegen die SPD richtet, nicht gegen einzelne Personen, wie Severing, Zimmer und Duf.

Warum sind denn überhaupt Duf, Zimmer und Severing genannt? Weil sie die Mitverantwortung für alle Vorgänge in Preussischer Gefängniswesen tragen! Was hingegen im gesamten Deutschen Reich in Gefängnissen und Jugendhäusern geschieht, dafür trägt die SPD, als die zweitstärkste Partei Deutschlands, die Verantwortung.

Da wir nicht annehmen können, daß dem Oberpräsidenten Zimmer dieser Zusammenhang entgangen sein sollte, kann es sich nur um ein Gesetz und verfassungswidrige, selbstherrliche, parteiliche Handhabung des Republiksschutzgesetzes zugunsten einer einzelnen Partei, der SPD, gegen eine formal legale Partei, die KPD, handeln. Das Republiksschutzgesetz ist jedoch nicht bestimmt zum Schutze einer einzelnen Partei, sondern der republikanischen Staatsform und der republikanischen Minister.

Das Verbot unseres Blattes auf 14 Tage durch den Oberpräsidenten Zimmer stellt demnach einen unerhörten Eingriff in das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung dar. Es ist ein Glied in der Kette fortgesetzter Schließ. Verbote, Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Partei Deutschlands und ihre Presse. Es soll uns gleichzeitig politisch und wirtschaftlich versichern.

Wir erheben Protest gegen das vierzehntägige Verbot der „Schließ. Arbeiterzeitung“ und verlangen seine sofortige Aufhebung.

Wirtschaftliche Rundschau

Die Weltwirtschaftskrise und die Möglichkeiten ihrer Lösung.

Die amerikanische Konjunktur und die Hoffnungen der Dawesjünger.

Mit der Verwirklichung des Dawesplanes soll, so verkünden seine Propheten, eine neue Zeit, eine neue Periode des Gedeihens für die kapitalistische Wirtschaft beginnen. Bisher sei dieser Aufschwung durch die Uneinigkeit der verschiedenen nationalen Bourgeoisien untereinander gehindert worden. Nun, nach dem „Siege der Vernunft“, ist der Weg für das goldene Zeitalter frei.

Es gibt eine wichtige Tatsache, auf die sich die Propheten des Heiligen Dawes berufen können, wenn sie die Behauptung aufstellen, daß die „Gesundung Europas“ einen neuerlichen Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft nach sich ziehen werde. Diese Tatsache ist die ausgesprochene Besserung der amerikanischen Konjunktur nach der schweren Depression, die sie seit dem Frühjahr erfahren hat.

Diese Entspannung ist so ziemlich auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens festzustellen: die Roheisenproduktion, die von 3 233 000 t im April auf 1 785 000 im Juli gesunken war, hat sich im August auf 1 891 000 erholt. Die Stahlproduktion sank in der Zeit von März bis Juli von 4 188 000 auf 1 869 000 t, hat sich aber ebenfalls im August auf 2 540 000 t erholt. Auch der Auftragsbestand des Stahltrasts ist, wenn auch nur in geringerem Maße, wieder gestiegen.

Aus der Fertigungsindustrie besitzen wir genaue Angaben für die Baumwollspinnerei, deren Verarbeitung während der Krise von rund einer halben Million auf 347 000 Ballen im Juli sank, im August aber bereits wieder um 10 000 Ballen gestiegen ist, demgemäß hat sich auch die Zahl der arbeitenden Spindeln, die von 33,7 auf 28,7 Millionen Spindeln gesunken war, wieder um 200 000 erhöht. Die Monatsproduktion der Automobilindustrie, die im März 383 459, im Juni nurmehr 245 790 betrug, ist ebenfalls bis zum August um 23 000 Stück gestiegen. Und in den anderen Produktionsgebieten steht es nicht anders.

Im Weltmaßstab hält die Krise unvermindert an.

An die zweifellos vorhandene Besserung der amerikanischen Konjunktur knüpfen nun die Propheten der kommenden kapitalistischen Erneuerung die Hoffnung, daß auch die anderen kapitalistischen Länder in den Aufschwung mit hineingerissen würden.

Davon ist nun auch nicht die geringste Spur wahrzunehmen. In allen europäischen Ländern (vielleicht von Italien abgesehen, wo die Gesamtverfrachtungen der Eisenbahnen von Juli bis August um 3,1 Prozent gestiegen sind), hat sich in den Monaten des neuerlichen amerikanischen Aufschwunges die Krise wesentlich verschärft. Selbst in Frankreich, wo die Kohlenproduktion einen gewissen Aufschwung (Juni 3 496 000 t, Juli 3 784 000 t) zu verzeichnen hat und wo die Roheisenproduktion mit 636 000 und die Stahlproduktion mit 565 000 t pro Monat ihren Stand immerhin behauptet haben, bezeugt doch der Rückgang der Roheisenpreise von 380 auf 280 Fr. pro t steigende Absatzschwierigkeiten. In der Tschechoslowakei ist von einer Besserung der Konjunktur nichts zu merken. In Polen ist die Verschlechterung unverkennbar: Die ostoberschlesische Kohlenförderung ist von 2 347 000 t im Mai auf 715 000 t im August zurückgegangen.

Am schärfsten von allen europäischen Ländern ist England von der Krise betroffen. Die Roheisenproduktion, die bereits im Juli nur 615 000 t betrug, ist im August auf 589 000 t zurückgegangen, die Stahlproduktion von 689 000 auf 627 000 t. Selbst bei der Kohle ist in der letzten Woche ein Rückgang, der schon bisher auf 5,1 Millionen t eingeschränkte Produktion um weitere 200 000 t zu verzeichnen. Der Außenhandel ist im August sowohl in der Einfuhr (102,2 gegen 108,1 Mill.) wie in der Ausfuhr (75,3 gegen 81,5) gegen den Vormonat um 6 Mill. Pfund zurückgegangen. Demgemäß hat sich die Arbeitslosenziffer, die Anfang Juni fast genau 1 Million betrug, bis Mitte September auf 1 164 000 erhöht.

Und nun Deutschland, das Land, dem die kapitalistische Sanierung in erster Linie zugute kommen sollte! Die Arbeiter hier in immer größerem Umfang stillgelegten Betriebe fühlen ja, wie diese Sanierung aussieht. Wir haben gestern an dieser Stelle Einzelzitate über die Krise selbst in der Schwerindustrie gebracht (in der Fertigungsindustrie steht es noch viel schlimmer) und wollen sie heute nicht wiederholen. Aber von dem Grad der Zuspitzung der Krise erhält man einen Eindruck, wenn man bedenkt, daß vom 15. Juli bis zum 1. September die Zahl der unbesetzten Gebiet unterstützten Erwerbslosen (trotz immer stärkerer Einschränkung des Kreises der Unterstützten) von 277 000 auf 371 000 gestiegen ist!

Wir sehen: An einzelnen Punkten — im Winter in Deutschland, im Frühjahr in England, gegenwärtig in Amerika — zeigen sich vorübergehend Ansätze zur Milderung der Krise, gelegentlich sogar zu neuer Konjunktur. Aber jede Besserung in einem Lande wird sofort begleitet von verschärfter Zuspitzung in den anderen.

In den „normalen“ Krisen der Vorkriegszeit war es anders. Die Krisenerscheinungen griffen rasch von einem Lande auf die anderen über. Aber die Stilllegung eines großen Teils der Betriebe führte zur Entwertung des vorhandenen Kapitals — die Massenarbeitslosigkeit ermöglichte Steigerung der Ausbeutung — solange, bis die Anwendung des verminderten Kapitals wieder profitabel wurde und also eine neue Prosperität im internationalen Maßstabe beginnen konnte.

Heute aber scheint es offenbar: Der Weltkapitalismus kann als Ganzes aus der Krise nicht herauskommen. Die einzelnen Bourgeoisien können nur versuchen, die unvermeidliche Stilllegung von Produktivkräften auf einander abzuschieben. — Das Dawes-Gutachten dient aber dazu, dabei abzuschieben. Das Dawes-Gutachten dient dazu, dabei

Die Ursachen der Stagnation und die Versuche ihrer Lösung.

Worin besteht die Schranke, auf die jeder Versuch der Überwindung der Krise stößt. Soviel ich sehe, gibt es nur eine Erklärungsmöglichkeit: die nichtkapitalistischen Gebiete, über die der Kapitalismus verfügt, um den aus den Arbeitern herausgepreßten Mehrwert realisieren — d. h. in bares Geld verwandeln zu können, sind — im Verhältnis zu seinem Aus-

Preisabbau.

Einige Zahlen verdeutlichen besser als viele Worte die „Erfolge“ der Marxregierung in ihrem sogenannten Kampf gegen den Wucher.

Im Ruhrgebiet ist in den letzten Tagen eine neue katastrophale Teuerung eingetreten. Es kosten in Gelsenkirchen:

| | Juni | Oktober |
|--------------|-----------|-----------|
| Butter | 1,60 | 2,50 |
| Schmalz | 0,68 | 0,90 |
| Kalbfileisch | 0,70—1,00 | 1,30—1,50 |
| Käse | 0,80—1,20 | 1,20—1,60 |

Eier kosten 20 Pfennig, Gemüse wurden um 100 Prozent „hinaufgesetzt“ — aber was brauchen die Arbeiter solche Dinge zu essen!

In Essen kostet seit dem 2. Oktober ein Liter gute Milch 42 Pf., Vollmilch 37 Pf., ein Pfund Butter 2,70 M. In Hannover selbst schlechte Milch 32 Pf., Kartoffeln 5,50 M. pro Zentner.

Das Brot kostet in Bonn 60 Pfennig — in Dresden gar bis zu 76 Pf.

Bei uns in Berlin ist man freilich klüger — man setzt den Brotpreis nicht hinauf — aber das Brot wird von Woche zu Woche leichter und schlechter — die Esel von Proleten merken es doch nicht!

Aber wenn die Arbeiter auch weder Fleisch noch Brot kaufen können — was schadet es? In Neisse (Schlesien) wird auf dem Wochenmarkt regelmäßig Hunde- und Katzenfleisch verkauft. Die Arbeiter beschweren sich, daß zu wenig auf den Markt kommt: die Nachfrage ist so groß, daß der Pfundpreis letzthin von 30 auf 35 Pfennig erhöht wurde!

Was abgebaut wird!

Bochum, 3. Oktober. Die Zechen „Scharnhorst“, „Gneisenau“, „Prußen“ und „Karl“ von der Harpener Bergbau-Gesellschaft haben wöchentlich je zwei Feierschichten eingelegt. Die Zeche „Schleswig“ hat in der vorigen Woche ganz gefeiert.

Bochum, 4. Oktober. Auf der Baustelle Tiemannshof des Bochumer Vereins wurde eine größere Anzahl Arbeiter, angeblich wegen „Arbeitsmangel“, entlassen.

dehnungsbedürfnis — heute zu eng. Das darf natürlich nicht so verstanden werden, daß nicht die breiten Bauernmassen, die Kolonialvölker usw. soweit sie sich bereits heute im Machtbereich der imperialistischen Mächte befinden, an sich „auf viele Jahre die Möglichkeit zur Realisierung“ alles aus den Arbeitern herauspreßbaren Mehrwerts geben würden. Aber in der Welt der harten Tatsachen kann man nicht so ohne weiteres bei den Bantunegn Ford-Automobile absetzen — man muß dazu erst ihre primitiven Produktionsverhältnisse zersetzen und alle „Segnungen“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bei ihnen einführen. Und das ist ein nicht nur sehr schmerzhafter (was den Kapitalisten sehr gleichgültig ist), sondern vor allem auch ein sehr langwieriger Prozeß. Die „Zivilisierung“ der politisch bereits unterworfenen nicht kapitalistischen Gebiete kann mit der immer rascher werdenden Ausdehnung der kapitalistischen Produktion — und damit auch ihres Bedürfnisses, den Mehrwert zu akkumulieren, nicht Schritt halten. Die notwendige Folge ist, daß die imperialistischen Gruppen, da es mit der Ausnutzung der eigenen Kolonialvölker nicht so rasch vorwärts geht, sich immer neue Kolonialgebiete zu unterwerfen suchen (wozu natürlich noch andere Notwendigkeiten der Rohstoffversorgung und des Bedürfnisses nach billigen Kolonialarbeitern drängen). Und sobald die Aufteilung der Erde im Großen und Ganzen vollendet war, mußte jeder versuchen, seinen Appetit nicht auf Kosten der „herrenlosen“ Kolonialvölker, sondern auf Kosten seiner glücklichen Nachbarn zu befriedigen — ihnen die bereits „rechtmäßig“ erworbenen Kolonialsklaven wieder abzuknöpfen. Der Weltkrieg sollte diesem Zwecke dienen.

Wie hat er diesen Zweck erfüllt? Einerseits gelang es wirklich, eine der konkurrierenden imperialistischen Gruppen auszuschalten, und so für die anderen mehr Bewegungsraum zu schaffen. Aber dem steht gegenüber, daß nicht nur das Gebiet der Sowjetunion dem Kapitalismus als Akkumulationsgebiet verloren ging, sondern daß die Entwicklung des Kapitalismus in den bisherigen Kolonialländern während der Beschäftigung der imperialistischen Länder mit der Kriegsindustrie sich gewaltig beschleunigt hat. In Indien stieg die Kohlenproduktion von 16 108 000 t im Jahre 1913 auf 19 011 000 t im Jahre 1922. Am charakteristischsten ist aber der Aufschwung der Baumwollindustrie: Die Eigenproduktion Indiens an Baumwollstücken stieg von 1164,3 Mill. Yards vor dem Kriege auf 1725,2 Mill. im Wirtschaftsjahr 1922-23. Dafür sank die ausländische Einfuhr solcher Waren von 3197,1 auf 1593,3 Mill., während im Gegenteil Indien nach dem Kriege statt 89,2 157 Mill. ausführte. Die Industrialisierung der bisherigen Kolonialländer bedeutet nicht nur, daß sie nun keine geeigneten Akkumulationsgebiete für den Kapitalismus der Mutterländer mehr darstellen — darüber hinaus treten die neu entstandenen Bourgeoisien nun selbst als Mitbewerber bei der Ausbeutung der noch vorhandenen nichtkapitalistischen Gebiete auf. Und während so der dem Kapitalismus zur Verfügung stehende Ausdehnungsraum trotz der Vernichtung des deutschen Imperialismus eher enger als weiter wurde, hat sich das Ausdehnungsbedürfnis des Kapitalismus gewaltig gesteigert: die im Kriege zerstörten Produktionsmittel müssen wieder hergestellt, dazu die eigene Arbeiterschaft in erhöhtem Maße ausgebeutet und der erhöhte Mehrwert natürlich versilbert werden, ehe er akkumuliert — d. h. in neue Maschinen usw. verwandelt werden kann.

Eben in dieser verhältnismäßigen Enge des dem Kapitalismus zur Verfügung stehenden außerkapitalistischen Expansionsraums sehen wir die Hauptursache der chronischen Krise, in der sich seit dem Ende des Weltkrieges der gesamte Kapitalismus befindet. Ein Ausweg aus dieser Krise kann sich nur ergeben, wenn es einerseits dem Kapitalismus gelingt, die Ausbeutung der „eigenen“ Arbeitermassen soweit zu steigern, daß der erzielte Mehrwert zum Wiederaufbau der zerstörten Produktivkräfte ausreicht, wenn es andererseits auch gelingt, sich ausreichende außerkapitalistische Absatzgebiete zu sichern, welche den erlangten Mehrwert versilbern können. Nachdem das Proletariat außerhalb Rußlands nicht die Kraft gefunden hat, die Krise auf seine Weise zu lösen, d. h. den ganzen Kapi-

Botrop, 4. Oktober. Die Zechereien „Rheinbaben“ feiern diese Woche drei Schichten.

Die Folge des Abbaus der „überschüssigen“ Arbeitskraft und der Ueberanstrengung der zurückgebliebenen ist eine furchtbare Steigerung der Unfälle im Ruhrbergbau. Ihre Zahl ist in den letzten zwei Monaten um 60 Prozent gestiegen. Es ereignete sich im letzten Monat (August) täglich 200 Unglücksfälle. Die Zunahme gegenüber Juni betrug weit über 2000 Fälle, wovon 53 tödlich verliefen.

Ob die Arbeiter verhungern oder verunglücken in beiden Fällen wird der Zweck erzielt: die „Ueberbevölkerung“ Deutschlands wird vermindert.

Die Mißernte übertrifft alle Befürchtungen.

Nach amtlichen Erhebungen übersteigen die Ernteschäden in 10 von den 23 Kreisen des Regierungsbezirks Düsseldorf die Hälfte der Gesamternte, im Regierungsbezirk Köln in 7 von 10, im Aachener Bezirk in 5 von 7, in Koblenz in 10 von 12 und in Trier in sämtlichen Kreisen! In 6 Kreisen sind 90 Prozent der Ernte an Weizen und Roggen, 100 Prozent der Haferernte vernichtet! — in weiteren 12 Kreisen 80—90 Prozent!

Die Mißernte ist für die Getreidehändler ein sehr gutes Geschäft — und auch für die Großagrarien. Denn die Gewinner an den hohen Preisen viel mehr, als sie an schlechten Ernteausfall verlieren. Der Schaden trifft die Kleinbauern, die in guten Jahren mit ihrer Ernte gerade auskommen — nun aber selbst ihr Saatgetreide zu den hohen Preisen kaufen müssen. Dabei werden sie durch die Steuerentnahmen der großen Koalitionen in der unglaublichsten Weise ausgeplündert. In Mittelschlesien wird auf schlechten Böden von der Steuerbehörde das Einkommen eines Kleinbauern mit 15 Morgen Land auf 8000 Mark (!) geschätzt — das eines Großbauern mit 100 Morgen auf 26 000 Mark (also im Verhältnis zur Größe des Gutes nur halb so hoch!). An Steuern und Abgaben muß der Kleinbauer insgesamt 361 Mark entrichten — der Großbauer mit fast sieben mal soviel Land 204 Mark. Die Großgrundbesitzer selbst kommen natürlich noch viel besser davon. Die Kleinbauern können nur im Bunde mit dem städtischen Proletariat ihre Lage erleichtern.

talismus zu vernichten, ist die Initiative im internationalen Maßstabe an die Bourgeoisie übergegangen. Sie hat nun seit Jahren die Möglichkeit ihre Lösung der Krise zu versuchen. Der erste Teil der Aufgabe: die erfolgreiche Unternehmer offensive zur Erhöhung der Ausbeutung des Proletariats ist ihr eben dank der Schwäche der westeuropäischen Arbeitermassen bis zu einem ziemlich weiten Grade gelungen; aber dieser erste Erfolg ist wertlos, wenn er nicht durch den zweiten ergänzt wird: wenn es nicht dem Kapitalismus gelingt, sich einen neuen kolonialen Expansionsraum zu erobern, der es ermöglichen würde, auf eine Reihe von Jahren die kapitalistischen Produktivkräfte frei zu entfalten, eine neue Konjunktur im internationalen Maßstabe zu schaffen, durch Zugeständnisse einen Teil der „eigenen“ Proletariats zu korrumpieren und so den Kapitalismus zu stabilisieren — bis der Raum wieder zu eng wird und ein neuer Weltkrieg die Krise „löst“ soll.

Um was es in China geht.

Die internationale Bourgeoisie versucht, den zweiten Teil der Aufgabe zu lösen. Ihr Vorstoß gegen China hat nur den Zweck, die Entfaltung einer eigenen chinesischen Industrie so lange es irgend geht zu unterbinden — dem Lande seinen „jungfräulichen“ Kolonialcharakter zu erhalten und gleichzeitig die Aufteilung in „Einflußsphären“ der verschiedenen imperialistischen Rivalen durchzuführen. Aber die Erfüllung der „zivilisatorischen“ Aufgabe der Imperialisten stößt heute auf größere Schwierigkeiten als zuvor.

Der Weltkrieg und seine Folgen haben nicht nur die Proletariatsmassen der imperialistischen Länder soweit in Bewegung gebracht, daß jedes neue kriegerische Abenteuer mit den 1917-18 — ist nunmehr unannehmbar geworden, sondern auch die breiten Massen der Kolonialvölker in Bewegung gebracht, sie mit modernen Waffen ausgerüstet und im Gebrauche dieser Waffen unterwiesen. Man kann heute die 400 Millionen Chinesen nicht — wie es noch 1900 geschah — mit 60 000 europäischen Matrosen niederwerfen: die Kapitalisten werden zur Niederwerfung des chinesischen Volkes heute ihre ganzen militärischen Kräfte aufwenden müssen. Und dieses Aufgebot kann sich gegen seine Urheber wenden! Denn hinter allen Kolonialvölkern, die um ihre Unabhängigkeit kämpfen, steht Sowjetrußland — stehen zugleich die Millionen revolutionärer Proletariats, die der Führung der kommunistischen Internationale folgen.

Alle einsichtigen Kapitalisten wissen es darum sehr wohl: der Weg nach Peking führt über Moskau: erst muß die Schützerin aller unterdrückten Völker, der Vorposten des revolutionären Weltproletariats niedergeworfen werden, dann besteht erst die Möglichkeit, die Ausbeutung der Arbeitermassen in den kapitalistischen Ländern aufs äußerste zu steigern und zugleich durch neue koloniale Expansion dem Kapitalismus eine neue Galgenfrist zu schaffen. Und zugleich hoffen sie in den russischen Bauernmassen ein neues Akkumulationsgebiet zu gewinnen — wie es die „Deutsche Bergwerkszeitung“ letzthin treffend ausspricht: „Wenn Rußland saniert werden soll — dann darf es sich den Luxus einer eigenen Industrie nicht leisten — es muß fremde Fertigfabrikate aufnehmen und dafür Rohstoffe ausführen — auch wenn der Umstellungsprozeß ein sehr schmerzhafter wird.“

Die Bourgeoisie glaubt heute stark genug zu sein, um die Krise auf ihre Weise zu lösen. Weil die europäischen Arbeitermassen nicht die Kraft fanden, für ihre eigene Sache Opfer zu bringen, sollen sie für ihre Ausbeuter zur Schlachtbank gehen. Die Weltbourgeoisie will durch wirtschaftlichen Boykott und militärische Intervention Sowjetrußland vernichten — zugleich durch Niederwerfung des chinesischen Volkes sich neuen kolonialen Expansionsraum schaffen und so einen nochmaligen Aufschwung des Kapitalismus im internationalen Maßstabe ermöglichen. Am Ende dieser „goldenen Zeit“, für die unsere Reformisten so heiß schwärmen, steht der neue Weltkrieg mit allen seinen Folgen. Es liegt an den Proletariatsmassen, ob die kapitalistische Überwindung der Krise nochmals gelingt — ob der Weg zum Sozialismus durch das Blutvergießen eines neuen Weltkrieges führen soll. Rudolf Gerber.

Die Kampagne.

Bei der Beurteilung der gesamten Propaganda- und Agitation der Partei müssen wir genau beachten, daß die Arbeit der Partei in die verschiedenen Arbeitsgebiete zerfällt. Wir sind nicht ein Partei mit einigen Hunderttausend Mitgliedern, die im großen Ganzen alle die gleiche Arbeit zu leisten haben, sondern unsere Arbeit greift in alle Gebiete des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens ein. Die Bedingungen dieser Arbeit sind natürlich abhängig von den konkreten Verhältnissen, die wir innerhalb eines bestimmten Arbeitsfeldes vorfinden. Die Grundsätze kommunistischer Propaganda und Agitation sind jedoch auf allen Gebieten gleich. Im Rahmen eines Artikels können wir nicht diese Grundsätze eingehend erläutern, dies soll einer späteren größeren Arbeit vorbehalten bleiben. Hier kommt es uns darauf an, unseren Mitgliedern und Funktionären klar zu machen, was die Partei tun muß, um eine gesteigerte Agitation — eine Kampagne — mit Erfolg zu führen.

Vorerst ist es aber noch notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß Propaganda nicht das gleiche ist wie Agitation.

Als Propaganda bezeichnen wir die Art der Verberbeit, die einer kleinen Anzahl von Menschen zahlreiche Ideen vermittelt. S. B. Propaganda für den Marxismus, für den Leninismus, Propaganda für die kommunistische Weltanschauung. Was wir bisher bei uns als Bildungsarbeit bezeichnet, das ist Propaganda.

Agitation dagegen ist die Verberbeit, die einer großen Anzahl von Menschen eine einzige, konkret formulierte, bestimmte Idee vermittelt, z. B. Agitation für einen Streik, eine Demonstration, eine Versammlung usw.

Die Agitation wird von der Partei täglich auf den verschiedensten Gebieten von den in Frage kommenden Organen geleistet (durch Versammlungen, Demonstrationen usw.), in den Gewerkschaften, Genossenschaften, Parlamenten, Sportverbänden usw.). Das Ziel dieser Agitation und die konkreten Aufgaben sind im allgemeinen abhängig von den Verhältnissen der Parteileitung, im besonderen jedoch werden sie bestimmt von den Verhältnissen des Ortes und evtl. der in Frage kommenden Organisation (Gewerkschaft usw.). Somit ist klar, daß in den verschiedenen Parteizeiten und Orten wohl allgemein Agitation getrieben wird, Inhalt und Umfang dieser Agitation ist jedoch nicht überall gleich.

Bei besonderen Anlässen ist es notwendig, diese allgemeine Agitation in den Orten, Bezirken und dem Reich (teilweise sogar in der ganzen Internationale) zusammenzufassen zu einem ganz konkreten Ziel, d. h. daß wohl auf allen Arbeitsgebieten die konkreten Verhältnisse als Ausgangspunkt unserer Agitation angenommen werden, das Ziel dieser gesteigerten Agitation jedoch weit über den Rahmen einer bestimmten Organisation (Gewerkschaft, Genossenschaft usw.) hinausgreift. Handelt es sich doch darum, sowohl innerhalb der Gewerkschaften, Genossenschaften und in den Parlamenten, durch öffentliche und Betriebsversammlungen, durch Demonstrationen usw. die Arbeitermassen auf allen Gebieten zu mobilisieren für einen einheitlichen Kampf, der ein zeitlich und in seinen Zielen unangrenztes Ziel hat. Das Mobilisierungsfeld liegt in den verschiedensten Organisationen, im Laufe des Kampfes selbst treffen jedoch die Massen dieser Verbände zusammen, werden zusammengehalten durch den Willen, ein ganz bestimmtes Ziel zu erreichen.

Diese gesteigerte Agitation, die allen Parteimitgliedern in den verschiedensten Organisationen ganz konkrete Aufträge gibt,

die die Arbeit anderer Zellen, Fraktionen usw. einheitlich verbindet und für ein bestimmtes Kampziel einsetzt, nennen wir Kampagne.

Es ist ohne weiteres klar, daß der Erfolg einer Kampagne, abgesehen von dem politischen Inhalt, zum größten Teil abhängig ist von dem Grad der Organisiertheit, von der Planmäßigkeit der Arbeit auf allen Gebieten, und von der Fähigkeit der Leitungen, die Arbeit der Zellen und Fraktionen miteinander zu verbinden.

Wir haben in der KPD. schon viele Kampagnen geführt, aber erst die letzte, die Antikriegskampagne im August, wurde planmäßig organisiert und geführt, und brachte einen Erfolg, der in einem günstigen Verhältnis zu den aufgewandten Mitteln stand.

Unsere nächste Kampagne.

Die Arbeit der gesamten Partei während der nächsten Wochen ist die Durchführung der Sozialisierungs-Kampagne und der Kampf durch das Sachverständigenurteil und die Londoner Beschlüsse. Da im verstärkten Maße mit scharfen Angriffen unserer Gegner auf unsere Organisationen zu rechnen ist, da alle anderen Parteien auf Seiten der Gegner stehen, müssen wir alle Kräfte anspannen, um einen großen Erfolg zu erzielen, müssen wir vor allen Dingen beachten, daß wir jede — auch die kleinste — Arbeit organisieren müssen.

Praktisch steht jetzt bei der Durchführung der Kampagne vor den Bezirken und Ortsgruppen die Aufgabe, eine Leitung der Kampagne zu schaffen. Die für die einzelnen Arbeitsgebiete verantwortlichen Funktionäre werden in Ortsgruppen und Bezirken diese Leitung bilden. Der zentrale Arbeitsplan (mitgeteilt im Rundschreiben vom 5. September) wird in seinen einzelnen Teilen den Teilnehmern übermittelt. Für jedes Arbeitsfeld ist er, entsprechend den konkreten Verhältnissen am Ort und in der betreffenden Organisation, auszubauen. Die Termine für die ersten Arbeiten sind genau festzulegen.

Diese Kampagnenleitung muß jetzt während der Arbeit mitbestimmend alle Wochen zusammenkommen. Alle Vertreter müssen ausführlich über den Stand ihrer Arbeit berichten. Erst diese fortlaufende Berichterstattung aus den verschiedenen „Kampfabteilungen“ ermöglicht es, daß die Kampagne einheitlich geführt wird, daß die Leitung entscheiden kann, welche Mittel der Agitation angewandt werden müssen, wo die schwächste Stelle des Gegners ist, mit welchen Maßnahmen wir einen Gegenstoß auffangen, welche Reserven eingesetzt werden müssen. Nur eine gründliche Berichterstattung gibt uns die Möglichkeit, die Arbeit unserer Organe (Zellen, Fraktionen usw.) zu koordinieren, in den verschiedensten Organisationen nach einem Gesamtplan, unter einer wirksamen Leitung zu arbeiten.

Es gilt, alle Kräfte auf das eine Ziel einzusetzen, jede Arbeit zu organisieren, eingehend zu berichten und die Durchführung zu kontrollieren.

Das Plakat.*)

Das Plakat ist ein Kind der modernen Stadt mit ihrem stehenden Leben. Es ist ein Produkt der Konkurrenz, des Kampfes ums Leben, des tolleren Nachsehens nach dem hastenden Passanten.

Das Plakat ist für den Wirbel der Großstadt berechnet. Es schreit herunter vom Baum, von der Mauer, aus dem Schaufenster. Es springt dem Vorbeigehenden frech ins Auge. Das Plakat muß durch das Grelle der Farbe, das Ungewöhnliche der Komposition, durch die neue Note die Aufmerksamkeit auf sich lenken.

Das erste Ziel ist erreicht. Die Aufmerksamkeit ist ertweckt. Das bedeutet aber nicht, daß der Passant zum Plakat kommen wird, um es anzusehen. Das dauert zu lange. Sofort, im ersten Augenblick, in ein, zwei Sekunden soll der Beschauer alles begreifen, was das Plakat sagen will. Die Aufschrift ist kurz, die Zeichnung elementar. Das mit mehreren Worten zu sagen wäre, das zeigt die Zeichnung mit den greiflichen Farben ohne jeden überflüssigen Strich, mit äußerster Mühe. So wie im Text kein überflüssiges Wort sein soll, so auch in der Komposition kein überflüssiger Strich.

So wurde das Plakat geboren, auf den Straßen von New York, London, Paris und Berlin. So muß es sein. So ist seine Psychologie. Seine Grundzüge sind: Originalität, Greltheit, Gedramtheit, maximale Ausdrucksfähigkeit bei äußerster Sparsamkeit an Mitteln. Der Zeichner geht nicht zum Plakat. Das Plakat drängt sich dem Zeichner auf. Ist das nicht der Fall, so ist es kein Plakat, sondern ein Bild, Holzschnitt, Illustration, Karikatur, alles beliebige, nur kein Plakat. Die erwähnten Charakterzüge unterscheiden die Technik des

Plakates von der Technik des Bildes, des Holzschnittes und alles anderen. Der Mensch wird auf dem Plakate schematisch behandelt. Die Hauptlinien sind scharf und tief. Keine Halb- und Nuancen. Die Figur wird wie Skulptur im Relief geformt. Vom Gebäude wird bloß der architektonische Kern bewahrt. Von der Masse werden nur die allgemeinen Konturen erfasst. — Die Masse in Bewegung, der gemessene Schritt eiserner Bataillone. Wir wiederholen, das Plakat wird im Fluge erfasst und ohne Stehenbleiben begriffen. Durch die Dynamik der Stadt erzeugt, wird es während der Bewegung entgegen genommen.

Die Farben sind ähnlichen Forderungen unterworfen. Das Plakat verlangt die sattesten Farben, die greiflichsten und schreiendsten, bei einer unbedingt kleinen Anzahl derselben. Diese Forderung bezieht sich besonders auf das revolutionäre Plakat. Das revolutionäre Plakat kann vor allem wegen der Kosten nicht blassfarbig sein. Das Plakat entspricht den Aktualitäten der laufenden Minute: Seine Aufgabe ist begrenzt, es lebt ein, zwei, drei Tage. Das Ungeklümmte seiner Gestaltung stellt ihm eine technische Bedingung. Die Dehnbarkeit der Darstellung hat auch die Sparsamkeit mit den angewendeten technischen Mitteln zu entsprechen. Die Erfahrung lehrt, daß mit Hilfe von drei Farben (blei, rot, weiß) erreicht werden können. Das ist nicht leicht, aber gerade diese Aufgabe wird dem Künstler durch die Plakatkunst gestellt.

*) Aus dem Artikel von B. Polonski in Russische Korrespondenz Nr. 11/12 (November-Dezember 1922) Jahrgang III, Bd. 2 Verlag G. Sohn, Nachf.

Einige Beispiele.

AUFRUF!

Das deutsche Proletariat der Welt, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Hauswirtschaftliche und Erwerbslose!

Das deutsche Proletariat steht vor schicksalhaften Stunden. Ein Wirtschaftskrisis, der größten Kosten und Entbehrungen der Arbeiterklasse bringt wie der Weltkrieg in London zuweilen worden. 2. Gold-Hilfskassen sollen jährlich aus der deutschen Arbeiterklasse herausgeholt werden. 5 Millionen Proleten müssen den ganzen Jahresverdienst opfern, um diese gewaltigen Summen anzufüllen.

Was bedeutet das für die deutsche Arbeiterklasse?

Die Weltwirtschaft der Krise und Entwertung der Währungen in den letzten Jahren hat eine halbe Million von 1-10 Prozent in die Erwerbslosigkeit getrieben, ebenso die Zahl der Hungerlosen. In allen Industriezweigen kommt die Forderung mehrerer Fortschrittsbewegungen. Die Schöpfung des Weltmarktes geht weiter. Erwerbslose werden durch Entwertung der Währungen in Millionen gehoben und damit in Millionen und Tausenden an der Arbeitlosigkeit gemindert. Wenn sie das nicht wollen, ist die Welt der Hunger und Misere. Stachel werden die beschleunigten Weltbewegungen der Krise und Weltwirtschaft. Stachel werden die beschleunigten Weltbewegungen der Krise und Weltwirtschaft. Stachel werden die beschleunigten Weltbewegungen der Krise und Weltwirtschaft.

Sieher gibt es nur eine Antwort!

Schärfster Klassenkampf unseres Volkstums!

Hinweg mit dem Ausbeutungsgesetzen der internationalen Herrschaftsklasse!

An dessen Stelle setzt das internationale Proletariat

Das Sachverständigenurteil des verkümmerten Volkes!

Arbeiter, Bauern und Angestellte!

Reißt Euch auf! Stellt die Forderung einer Teilhabe, die größtmögliche ist an den beschleunigten Weltbewegungen, die die Weltwirtschaft der Krise und Weltwirtschaft.

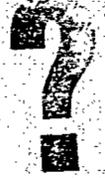
Die Lösung der Arbeiterfrage kann nur in der Hand der Arbeiterklasse sein!

Kein Zaudern und Zagen, es geht um Euren Aufstieg oder Untergang!

Anfang September findet in der Stadt Köln, Saargebiet und Rheinbezirk ein Arbeiterkongress statt, der beschickt werden soll von den Vertretern der Erwerbslosen, Kurz- und Nichtarbeitenden, Betriebsräten, Kreisgewerkschaften, Sozialdemokraten und Angestellten. Dort gilt es, die Vorbereitung für die großen Kämpfe zu treffen.

Schick ein Verbandsmitglied, einen Organisations- oder einen anderen Delegierten, um an dem Kongress teilzunehmen. Er ist mit Euch alle die geschworenen Freunde der Arbeiterklasse, um Euch die revolutionäre Klassenkampf, es ist die Schöpfung der Arbeiterklasse!

London oder Moskau



Montag, den 1. September, abends 7 Uhr spricht im Kölner Volkshaus zur internationalen u. nationalen Lage Gen.

Münzenberg u. a. Berlin

KPD. Köln.

Bekanntmachung

Der vorliegende Brief enthält wichtige Nachrichten über die Tätigkeit der Partei in den verschiedenen Arbeitsgebieten. Die wichtigsten Nachrichten sind: Die Tätigkeit der Partei in den verschiedenen Arbeitsgebieten, die Tätigkeit der Partei in den verschiedenen Arbeitsgebieten, die Tätigkeit der Partei in den verschiedenen Arbeitsgebieten.

mit dem Code

Die Tätigkeit der Partei in den verschiedenen Arbeitsgebieten, die Tätigkeit der Partei in den verschiedenen Arbeitsgebieten, die Tätigkeit der Partei in den verschiedenen Arbeitsgebieten.

Die Hilsorganisation

Ein Plakat, das unbedingt Interesse wecken wird. Der Passant wird neugierig und liest. Die Aufmerksamkeit ist sehr gut den amtlichen Bekanntmachungen angepaßt.

Berücksichtigt ein Abbild eines Plakats, das zeigt, wie man es nicht machen soll. Ziel zu viel Text, unübersichtliche Anordnung, das Wichtigste kann man erst erkennen, wenn man alles gelesen hat. Ueberhaupt nicht geeignet, Passanten anzulocken. Das Interesse wird gering sein, der Zweck ist nicht erfüllt.

Abbild eines Plakats, das sowohl durch seinen Inhalt als auch durch die Aufmachung alle Bedingungen guter Agitation erfüllt. Der Passant braucht gar nicht zum Plakat zu kommen. Die Frage „London oder Moskau?“ springt ihm in die Augen. Das Interesse wird geweckt, der Zweck des Plakats ist erfüllt.

Betrieb und Werkstatt

Die Antriebsmethoden bei J. Mittel.

Landeshut. So geht es wirklich nicht weiter! Das müßte die Antwort sein, welche die Arbeiterschaft des Betriebes J. Mittel, Abteilung Wärbret, ihrem Direktor Mittel anlässlich seiner Reinmachungsversuche im Speisesaal auf die in unserer Zeitung als Ursache der hohen Krankheitsziffern angeführten Gründe mit voller Berechtigung entgegenzusetzen müßte. Es genügt wirklich nicht, zu erklären, die höchsten Ohneh zu zahlen, wenn ein großer Teil der Beschäftigten in den verschiedenen Abteilungen noch unter den den Verhältnissen ganz und gar nicht Rechnung tragenden Tariflöhnen bleibt, wie Lohnzettel und Lohnbeutel ausweisen.

Angenommen, die Tariflöhne würden erreicht, so bediente ein männlicher erwachsener Facharbeiter in 40 Arbeitsstunden mit Anrechnungsgesamte 16,46 Mark, eine gleichgestellte Frau 12,38 Mark oder beide zusammen 28,84 Mark.

Dahin die Abzüge ab Heiben knapp 24 Mark. Das ist der Lohn, welchen Direktor Mittel für ausreichend erachtet. Es entzieht sich leider unserer Kenntnis, ob Herr Mittel und die anderen in dasselbe Horn tadelnden Missetäter fürs Kapital es schon einmal, und wenn es nur auf kurze Zeit wäre, versucht haben, das Beispiel an sich selbst zu probieren, damit der Arbeiterschaft wirklich der Beweis erbracht wird, daß es nur am Rechnen liegt. Aber auf diesen Vorschlag werden die Herren Schwerlich eingehen. Man wird alle diejenigen, welche kopfschüttelnd die Rede Mittels geschluckt haben, nach bekannter Manier als Heber bezeichnen und behandeln.

Nun zur Frage der Lebensmittelbeschaffung während der Inflation. Welches waren hier die Beweggründe der edlen Tat der Mittel und Konsorten? Nun, es waren die durch die rasende Entwertung nicht mehr zu unterbreitenden niedrigen Reallohne jener Zeit, welche die Unternehmer und ihre Ratgeber veranlaßte, ihre Arbeiter nicht ganz verhungern zu lassen. Ist es doch Tatsache, daß die Arbeiter damals kaum das Notwendige für Brot und Margarine erhalten hatten. Und ist es doch als Entschuldigung angeführt worden, daß Bankeinsparnisse und Angetragene die fast ausnahmslos mit Mittel im Falschismus machen, ihre nicht einwandfreien Nebenverdienste mit den Verhältnissen dieser Zeit zu vergleichen. Und gerade in der Inflationzeit haben die Unternehmer mit ihren Auslandsaufträgen Kognit verbien. Daran ändern auch nichts die „schönen Begriffe im Eigenheim“ und „Berggraben“ über den Verkauf einer Betriebsabfertigung durch eine sogenannte Studienkommission mit freigeberischer Zusammenfassung. Hätte diese Kommission, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, sich über die Arbeitsmethoden, über Behandlung und Entlohnung eingehend informiert, so wären jedenfalls am Schluß keine schönen Worte gewechselt und Erinnerungsgeschenke verabfolgt worden. Daß der Betrieb technisch gut ausgerüstet ist, daß die hygienischen Einrichtungen zutiefst einstellend beschneidet werden können, liegt ebenfalls im Interesse des Unternehmers wie der Arbeiter. Aber dem großen Henry Ford gleichzukommen, müßte der kleine Henry Ford (und als das betrachtet sich wohl Herr Mittel) noch etwas mehr tun, nämlich ausreichende Ohneh zahlen. Denn gerade dieses Kapital, Sicherstellung des Arbeiters und Angestellten vor wirtschaftlichen Sorgen, spielt im Buch des Henry Ford eine Hauptrolle, um die volle Arbeitskraft für den Betrieb zur Verfügung zu bringen. Die Ortsauschubshinweise im Besitze dieses Werkes und ist gern bereit, zwecks Studiums für unsere Ford's, dieses Buch zu leihen. Nicht durch ständige Antriebsmethoden, nicht durch übergroße Zahl von Antriebsmethoden werden die kapitalistischen Ziele unserer Deutschen Ford's erreicht werden, sondern zu gegebener Zeit eine Stimmung auslösen, welche nicht sehr angenehm empfunden werden dürfte.

Gewerkschaft

Ginanspruchnahme kommunikativer Gewerkschaftler.

Am 25. 9. fand im „Jugendheim“ eine Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Schöneich des Zentralarbeiterverbandes statt. Geleitet wurde diese Versammlung durch den Kommunistenreferent Koch oder „Kontenmark-Heinrich“. Zur Abrechnung des stattgefundenen Kinderfestes, welches vom Zentralarbeiterverband veranstaltet wurde, (gehört auch zum Klassenkampf), meldete sich Genosse Jermeloff, welcher nominierte, daß ein anderer Gewerkschaftscollega für das Borgen eines Gluckrades noch 2 Mark erhielt und gleichfalls noch als Entschädigung 3 Mark, da es ihm erst nach Wochen zurückgebracht

Zeppelin R. 3 auf dem Wege nach Amerika

„Ketter hat Schuld daran, daß er als Sklave geboren wurde, aber ein Sklave, dem nicht nur die Freiheitsbestrebungen fremd sind, der aber auch keine Sklaverei rechtfertigt und beschönigt — ein böser Sklave, der das berechnete Gefühl der Empörung der Verachtung und des Hasses hervorruft, ist ein Vamp und eine furchtbare Geißel.“ Lenin.

„Am Sonntagmorgen, punkt 6.34 Uhr, bei sehr nebligem Wetter hat der Zeppelin R. 3 seine Fernfahrt nach Amerika angetreten“ — so berichteten gestern die Telegrammbüros aus. In den deutschen Zeitungen erhebt sich darüber großer Lärm: Z. R. 3 abgefahren! Z. R. 3 über Frankreich! Z. R. 3 über dem Ozean!

Wie eine festliche Angelegenheit, so behandelt die deutsche Bourgeoisie und ihre intellektuellen Handlanger in den bürgerlichen und sozialdemokratischen Redaktionen die Schiffsahrt des Zeppelin-Luftschiffes. Zunächst verschweigen sie gänzlich, daß Z. R. 3 gebaut wurde um als Reparationsabgabe an Amerika geliefert zu werden. In dem großen Reklamestück, der durch sämtliche deutschen Kinobios ging, stand nicht ein Wort davon! Und auch jetzt noch liest man von dieser Tatsache nur in gelegentlichen, flüchtig vorliegenden Nebenätzen. So sehr hat die deutsche Bourgeoisie jede nationale Selbstachtung verloren. Sie fühlt sich wohl in der Heldenrolle, die ihr vom Versailler Vertrag zuerkannt wurde, wohl wissend, daß dabei noch genug klingender Lohn herausspringt für die Dienste des Sklavenhalters, die sie zu erfüllen hat.

Die deutsche Bourgeoisie bejubelt die Fahrt dieses Reparationsluftschiffes. Und warum sollte sie nicht? Sie, die eben noch bei Annahme des Londoner Kolonialpaktes gezeigt hat, daß sie für ihren Profit bereit ist, jeden Landesverrat zu begehen, sie, die 7000 eheliche Arbeiter in ihren Gefängnissen hält und gleichzeitig die Schamlosigkeit besitzt, auf Befehl Herrits separatistische Kampfen freizulassen, diese Bourgeoisie fällt gewiß nicht aus der Rolle, wenn sie ihren Tribut kniefällig und mit strahlenden Augen dem großen Herrn jenseits des Ozeans darreicht.

Deshalb sind die Fahrt des Z. R. 3 und der erbärmliche Kummer der deutschen Presse eine höchst politische Angelegenheit.

Bestrafter Idealismus

die „Glanzleistung“ der Bäckerbuzokratie.

Von oppositionellen Kollegen des Bäckerverbandes wird geschrieben:

Zus Tradition blieben bisher langjährige Gewerkschaftsmitglieder auch dann noch ihrer Stammorganisation treu, selbst wenn auf viele Jahre hinaus dem Verufe, für den die Stammorganisation zuständig war, der Rücken gekehrt wurde. Für überzeugte Klassenkämpfer war mit dem Berufswechsel die Pflicht verbunden, auch an die Organisation, die für das neue Arbeitsfeld zuständig war, aus Solidarität Beiträge, und selbst wenn diese noch so knapp bemessen waren, zu zahlen.

Diese Doppelmitlebschaft fand man hauptsächlich bei den Lagerhaltern der Konsumvereine, weil diese Genossen, gleichviel, ob dieselben früher dem Metallarbeiter-, Holzarbeiter- oder dem Brauer- und Mühlenarbeiterverbände angehört, in ihrer neuen Lagerhalterstätigkeit sich gleichzeitig in früheren Lagerhalterverband (nunmehr im B. S. U.) organisierten. Wegen solche Doppelmitlebschaften, die selbstverständlich nicht als Unterstellungen oder Wohlfahrtsmaßnahmen betrachtet werden darf, da ja nur eine Gewerkschaft in Bedarfsfällen Unterstellungen zahlen darf, weisen die Satzungen des B. S. U. keinen Paragraphen auf, womach Doppelmitlebschaften verboten seien.

Woll nun ein solches Verbot nicht besteht, deshalb muß die Maßnahme des Hauptverbandes der Bäckerorganisation (die sich 1920 auf dem Nürnberg-Verbandsstag mit Frauen von dem Württemberg-Verbande) wonach am 6. März d. J. diskutiert wurde, daß dem langjährigen Vorsitzenden Hermann Müller von der Dresdener Mitgliedschaft, die Beitragsmarken zu sperren sind, als eine Verurteilung sondersgleichen bezeichnet werden. Begründet wird die Beitragsperre damit, daß Herrmann Müller seit über drei Jahren außerhalb des Berufes tätig sei und infolgedessen in den B. S. U. (worum M. Mitglied ist) vollkommen überzutreten habe.

Abgesehen davon, daß dieses Diktat des Übertritts einer hochgeschätzten Bäckerkolonne entpricht, so muß das zweite Diktat der Beitragsperre als ein Akt der erbärmlichsten Feigheit bezeichnet werden. Einen Ausschluß wagte man nicht, weil dazu jede Handhabe fehlte. Hätte M. in der Hauptversammlung im Januar nicht die Wiederwahl als Vorsitzender abgelehnt, so hätten die Autokraten im Hauptvorstande keine Beitragsperre verhängt. Solange M. seine ehrenamtliche Arbeitstätigkeit zur Verfügung stellte, solange störte die Hamburger Meinungen die außerberufliche Tätigkeit von Herrn Müller nicht. Erst in dem Augenblick, wo Müller seine Arbeitskraft verweigerte mit der Begründung, daß der Hauptvorstand zunächst einmal soll die bestehenden Mißstände innerhalb der Mitgliedschaft in Dresden beseitigen, ferner weil M. es ablehnte, die Dummheiten des aufgeschobenen Bezirksleiters Hoffe, der trotz zwölfjähriger Anstellensdauer nicht einmal richtig deutsch schreiben kann, auszubaden, da wendet der Hauptvorstand seine draconische Maßnahme an.

Mehr die kommunikativen Gewerkschaftsleiter wird so viel geschrieben. Daß aber die Hauptvorstandsautokraten mit ihren getreuen Erbsöhnen in den einzelnen Verbänden die Gewerkschaftshaltung systematisch betreiben, beweist dieser Vorgang im Bäcker- und Konditorverband zur Evidenz.

Woll von Niedertrost und Lüge ist dieses hauptvorstandsliche Diktat. Abgabe 20jähriger gewerkschaftlicher Mitglieds-

chaft wird M. beantragt. Zur Genüge ist M. den Autokraten bekannt, die Folge ist, daß in der allerhöchsten Zeit Sturm gegen die Demagogen im Bäckerverband gelassen wird.

Mit dieser Vorgang in Parallele gestellt mit dem in der „Vollstreckung“ vom Verbandsredakteur trillierten Verbandsabgeordnete, wonach diese Tagung in Weingarten ein Maßstab in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sein wird, so befaßt den Kenner der Verhältnisse ein gelindes Gähnen über soviel Geschichtsfälschung eines Verbandsredakteurs. Wichtig ist allerdings, daß die Interessentvertreter, jene, die die Nacharbeit weiter einführen wollen, aus dem Verbande ausgeschlossen werden und eine Wiederaufnahme durch den Verbandsstag verweigert bleibt.

Um so eigentümlicher muß es betreffen, daß der Landtagsabgeordnete Witzler, der nicht mehr und aber auch nicht weniger ist als die ausgeschlossene Renegaten Altmann, jetzt in Weingarten ein „würdiges“ Mitglied im Bäckerverbande bleibt. Das ist derselbe Witzler, der am Anfang d. J. betonte, daß nicht allein die Genossenschaft, sondern auch die Partei und der B. S. U. die Dreiecksfront verlangen.

Diese drei Faktoren innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung treten im Interesse des Geldsacks als Verneiner des Klassenkampfes auf.

An diese Verneiner des Klassenkampfes wendet sich der Verbandsredakteur in seinem Bericht mit dem Ersuchen, die Kulturerbengruppe, die Nachruhe im Bäckerberuf zu beachten und zu fördern.

Eine Fronte auf die vielgeprüfene Demokratie ist es, festzustellen, daß Witzler einstimmig im Vorjahr von den Dresdlauern ausgeschlossen wurde. Der Ausschluß wurde jedoch vom Hauptvorstand widerrufen.

Sin gegen den Kollegen Kiegele-Berlin nur mit Zweidrittel Stimmenmehrheit vollzogener Ausschluß genügt, dem Hauptvorstand, den Ausschluß zu sanktionieren, weil — nun weiß Witzler Kiegele mit Moskau war.

Einstimmig gefällte Vertrauensvoten für Hermann Müller genügt, um den Hauptvorstand zum Rücktritt zu bringen. Weil das Statut keine Handhabe bot zum Ausschluß, so schaffte er sich ein lex specialis (Weiß für den Sonderfall) zur Überschreitung der Meinungsfreiheit. Dieser Vorgang beweist, daß Idealismus bestraft wird, allerdings nur so lange, bis daß die Beitragszahlenden Mitglieder sämtlichen Autokraten die Luft abschneiden.

Vertritt mögen diese Seiten als Einleitung für eine längere Artikelserie über den Cumpst im Bäcker- und Konditorverband im besonderen, sowie den arbeitserbitterlichen Methoden sogenannter Arbeiterorganisationen im allgemeinen dienen.

An die Berufsberechtigten des Bäckerverbandes ergeht der Appell, zunächst an jene, die die glänzenden Taten eines Hoffe und Witzler nie vergaßen, umgehend sich wegen des „Wochen-Wort“, Publikationsorgan der Opposition, an Hermann Müller, Dresden 10, Kienstr. 41, 4. Stg. zu wenden.

In dieser Fachzeitschrift wird der Beginn der Artikelserie verzeichnet. In der Folgezeit wird intensiver gearbeitet werden, um aus dem gegenwärtigen Cumpst der Buzokratie herauszukommen.

wurde, wo er während dieser Zeit Begegnung gehabt hätte, es wäre zu befehlen. Kontenmark-Heinrich entzog unserem Genossen das Wort, welcher sich dies nicht gefallen ließ, darauf stürzten 6 bis 8 Mann auf unseren Genossen und schleppen ihn nach der Tür, wo er genötigt wurde. An der Tür gelang es ihm, sich freizumachen und dort verabschiedete er sich, indem er auch auf die Entschädigung der Abrechnung: Genosse Jermeloff wurde aus dem Zentralarbeiterverband ausgeschlossen. Leider waren die oppositionellen Zeitarbeiter zu dieser Versammlung nicht erschienen, überhaupt durch die Länge der letzten Orts-

Hinweis! Daß Du schon den Fragebogen zur Betriebskampagne für die Wochen vom 21. September bis 12. Oktober 1924 einreicht!
Nein! — So es so ort nach!

verwaltung sind von 800 bis 900 Zeitarbeiter und Arbeiterinnen höchstens 40 bis 60 anwesend. Wir können nicht verstehen, wie man in der Siemenswerke solche Leute schon vor drei Jahren abgewirtschaftet hatten, wie Kontenmark-Heinrich, wieder als Betriebsrat aufzustellen und zu wählen. Sämtliche Zeitarbeiter und Arbeiterinnen, nehmt in der nächsten Mitgliederversammlung Stellung gegen den Ausschluß unseres Genossen. Laßt es euch nicht gefallen, daß man die Kollegen Ginanspruchnimmt, welche immer verurteilt haben, die schäbige Maske der Buzonen und ihrer Helfer zu lüften, verlangt, die Kollektive Jermeloff weiter Mitglied bleibt.

Wir rufen euch allen zu: Hinein in die Gewerkschaften, erzieht die Vertreter an der Arbeiterschaft wie Koch, als Stammmittglied und legt euch oppositionelle Kollegen auf die Kosten, daß kann aber nicht geschehen, indem ihr den Verfassungen „entbleibt, sondern nochmals: Hinein in die Gewerkschaften, revolutioniert die selben, damit sie werden, was sie wirklich sein sollen, ein Instrument zur Revolution. gez. G. Jermeloff

legenheit. Sie zeigen nicht nur die feige, erbärmliche, ekelregende Haltung der Landesverordneten deutschen Bourgeoisie, sie zeigen auch die immer mehr die Welt beherrschende Stellung des amerikanischen Imperialismus. Wenn jetzt auf Grund des Friedensvertrages die Luftschiffahrt in Friedensschiffen abgerufen und das Material auf den Schutthaufen geworfen wird, dann werden die deutschen Zeppelin-Genossen: na, Mac-illa jizara. Sie sind längst für die neue große amerikanische Zeppelin-Gesellschaft verpflichtet. Bald wird jenseits des Ozeans eine ganze Armee von Riesenuftschiffen entstehen, wertvolle Helfer der amerikanischen Weltbeherrscher. Wie lang noch und sie werden, wohl ausgerüstet mit den herrlichsten Giftgasen, ihr Werk zur „Befriedigung“ der Welt im Dienste der großen Trübsalige, vollführen.

Bei dem jämmerlichen Schauspiel, das die deutsche Bourgeoisie gegenwärtig bietet, bei dieser politischen Prestidiversion, für die es in der Geschichte wenig Parallelen gibt, drängt sich uns ein Vergleich auf: Rußland.

Wie bewußt, stolz und unerbittlich lebt das russische Volk heute die Gestaltung seiner Geschichte, vor allem in außenpolitischer Hinsicht mit. Selbst bürgerliche Berichterhalter aller Länder haben immer wieder staunend hervor, wie empfindlich die russischen Massen gegenüber jeder Verletzung der nationalen Ehre und Interessen Rußlands durch einen kapitalistischen Staat sind. So war es bei der Ermordung Wodowski, so war es bei den Drohreden Surzons, so war es beim Überfall auf die russische Handelsvertretung in Berlin. In riesigen Kundgebungen, spontanen Explosionen des Massenwraus, nehmen sie gegen den Übermut der ausländischen Kapitalisten Stellung.

Die befreiten russischen Arbeiter und Bauern wissen, was rationale Unabhängigkeit, was nationale Selbstachtung ist!

Die deutsche Bourgeoisie weiß nichts von alledem und noch viel weniger weiß davon die SPD, die einmal in der Geschichte als der erbärmlichste Faustrecht der imperialistischen Interessen Englands und Amerikas dastehen wird. Während die deutsche Bourgeoisie sich ihren Verrat der deutschen Massen mit klagender Mäule bezahlet, wüßt

sich die Sozialdemokratie in eine Art von politischem Waffensystem dem hohnschreienden Ramjam Macdonald und dem Ruhrverbrecher Herricht vor die Füße. Die SPD, wie die gesamte 2. Internationals, sind heute nur noch elende Agenten der Weltbeherrschaft der großen Kapitalisten. Ohnen, die diese Verbrechen mit den Phrasen des Progressismus zu beschönigen versuchen, gilt dieses Wort Lenins und seine treffende Charakterisierung: „Lump und eine menschliche Geißel“.

Die neue (amtliche) Einheitssteno-graphie.

Der sozialdemokratische Staatssekretär Heinrich Schulz hat nun endlich seine recht schwache Aufgabe erfüllt und eine deutsche Einheitssteno-graphie besetzt. Er darf sich wohl etwas darauf einbilden, daß diese amtliche Einheitssteno-graphie in Bezug auf leichte Erlernbarkeit dem Gabelsberger'schen System ebenfalls überlegen ist wie dem System Stolze-Schred an Kürze und praktischer Brauchbarkeit. Aber dem Ideal einer deutschen Kurzschrift ist er doch mit seinem Einheitssteno-system nicht nahegekommen, denn letzteres ist allenfalls eine glückliche Reform des Gabelsberger'schen Systems anzusehen, aber dem steno-graphischen Fortschritt, der auf dem Gebiet der einheitlichen und hochstehenden Notationsbezeichnung liegt, ist es nicht gerecht geworden. Gewiß ist es zu begreifen, daß die Systeme Gabelsberger und Stolze-Schred den Konkurrenzkampf um die größte Verbreitung werden einstellen müssen, weil sie gegen die amtliche Einheitssteno-graphie nicht mehr aufkommen können, die ihnen in jeder Beziehung überlegen ist. Es war ganz klar, vorerst die beiden „mächtigsten“ Systeme auszuschalten. Nun aber wird, nachdem der Kampf um die Vormacht als beendet angesehen ist, allmählich der Kampf um den Fortschritt auf steno-graphischem Gebiete mehr in den Vordergrund treten. Vorerst allerdings werden wir noch erleben, daß die Verlegerinteressen eine gewisse Rolle spielen werden. Die Verlegersteno-graphischen Lehrbücher werden im Verein mit ihren steno-graphischen Schulen bemüht sein, ihre Ware loszuwerden.

Der Gau Schleien des Arbeiter-Steno-graphen-Bundes sendet uns nun eine längere Notiz und bittet uns, die Arbeiter aufzufordern, die diese Einheitssteno-graphie nicht lernen wollen im Arbeiter-Steno-graphen-Bund (System Arends) eine andere Idealchrift zu erlernen. Wir müssen das ablehnen und raten den Arbeitern vielmehr, in ihrem Arbeiter-Steno-graphen-Bund diese Einheitssteno-graphie einzuführen.

